



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

POLNISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK

- ANALYSE
Die IV. Republik und Deutschland: Eine Anatomie des Misstrauens 2
Piotr Buras, Warschau
- UMFragen
Das Verhältnis der Polen zu ausgewählten Nationen 7
- DOKUMENTATION
Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Premierminister der
Republik Polen, Jaroslaw Kaczynski 12

- CHRONIK
Vom 5. bis zum 18. Dezember 2006 14

- LESEHINWEIS
Das neue OSTEUROPA-Themenheft „Quo vadis, Polonia?
Kritik der polnischen Vernunft“ 16

Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen wird abweichend von der üblichen Erscheinungsweise am Montag, dem 8. Januar 2007, erscheinen.

Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Die IV. Republik und Deutschland: Eine Anatomie des Misstrauens

Piotr Buras, Warschau

Zusammenfassung

Die aktuelle polnische Deutschlandpolitik resultiert weniger aus einem antideutschen Reflex als vielmehr aus politischen und gesellschaftlichen Veränderungen auf polnischer wie auf deutscher Seite. Tatsächlich war die Partnerschaft mit Deutschland für die Regierungen nach 1989 prioritär. Durch die Integration in NATO und EU ist für Polen jedoch eine neue außenpolitische Situation entstanden. Ziel ist es nun, Polen selbstständig in der EU zu etablieren und je nach Interessenlage Partner für eigene politische Positionen zu suchen. Deutschland wird in diesem Kontext vorgeworfen, dass es Polen nicht als Subjekt behandle und sein Bekenntnis zur Partnerschaft mit Polen nur den Charakter politischer Deklarationen habe. Zu der daraus entstandenen Enttäuschung gegenüber Deutschland kommt die Sorge über Veränderungen im deutschen kollektiven Gedächtnis. Die in Polen wahrgenommene zunehmende Diskussion über die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs weckt Befürchtungen, dass in Deutschland die Tendenz besteht, das Geschichtsbild zu revidieren. Darin scheint der Kern der heutigen deutsch-polnischen historisch-politischen Missverständnisse zu liegen. Während der „Geschichtsrevisionismus“ in Deutschland einer von vielen Beiträgen im pluralistischen historisch-politischen Diskurs ist, überwiegt in Polen die Einschätzung, dass es sich um eine dominierende Strömung handelt, die sich im „offiziellen“ Gedächtnis etabliert hat.

Die Deutschlandpolitik der konservativen Regierung in Warschau zeigt Distanz, wenn nicht sogar Misstrauen dem westlichen Partner gegenüber. Um die Einstellungen der neuen polnischen Eliten zu verstehen, muss ihr Hintergrund näher beleuchtet werden. Den weiteren Kontext der „Deutschlandpolitik“ der Brüder Kaczyński nicht wahrzunehmen, kann nämlich zu einem Problem für die deutsch-polnischen Beziehungen werden, das nicht geringer ist als deren Deutschlandpolitik selbst. Der Kontext ist schließlich Teil einer Erscheinung, die nach 15 Jahren deutsch-polnischer Versöhnung paradox erscheinen mag: Für die Eliten beider Länder wird es immer schwieriger, die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der anderen Seite zu verstehen.

Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand

Der Wahlsieg von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) in den Parlamentswahlen im Herbst 2005 sowie die Übernahme des Präsidentenamtes durch Lech Kaczyński war nicht einfach eine weitere Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses im demokratischen Polen. Die neuen Eliten übten beim Griff nach der Macht massive Kritik an der Politik der vergangenen 15 Jahre. Die Parteien, die das Kabinett von Kazimierz Marcinkiewicz (Ministerpräsident 10/2005–7/2006, *Anm. d. Red.*) und später Jarosław Kaczyński bildeten bzw. unterstützten, hatten zuvor an keiner Regierung mitgewirkt (mit Ausnahme einer kurzen Episode der Brüder Kaczyński von 1991 – 1992), was es ihnen stark erleichterte,

sich von ihren Vorgängern zu distanzieren. Die Infragestellung des Modells der polnischen Demokratie nach 1989 beruhte v.a. auf der Forderung, die Entartungen des Postkommunismus zu beseitigen, eine moralische Erneuerung durchzuführen, die Parole von der gesellschaftlichen Solidarität zu verwirklichen sowie die Institutionen und die Rolle des Staates im öffentlichen Leben zu stärken. Diese Postulate gingen mit der Kritik am polnischen Liberalismus und vielen anderen Aspekten der liberalen Demokratie im Allgemeinen einher, der das sogenannte republikanische Modell der am Gemeinwohl orientierten politischen Gemeinschaft entgegengestellt wurde. Ein wichtiges Element des Aufbaus der Gemeinschaft war auch eine affirmativere Beziehung zur Vergangenheit und der nationalen Tradition, was mit einer aktiven staatlichen Geschichtspolitik erreicht werden sollte.

Es ist nicht verwunderlich, dass die neue Konzeption des Staates – von ihren Anhängern als IV. Republik bezeichnet im Gegensatz zur III. Republik, d.h. Polen nach 1989 – auch eine wesentliche Modifizierung des außenpolitischen Kurses bedeutete. Trotz der Beteiligung einer offen antieuropäischen Partei (*Liga der Polnischen Familien – Liga Polskich Rodzin*) in der Regierungskoalition wurden die Hauptsäulen der Politik (Mitgliedschaft Polens in der EU und in der NATO) nicht in Frage gestellt. *Recht und Gerechtigkeit* definiert sich als „eurorealistische“ Partei, die versucht, die Interessen Polens und die nationale Souveränität *innerhalb* der EU – nicht außerhalb – zu verteidigen. Der Bereich, in dem sich die neue Einstellung der

IV. Republik in internationalen Fragen am stärksten äußerte, war eben die Politik gegenüber Deutschland. Das ist keine große Überraschung. Die Versöhnung mit Deutschland und das „Setzen auf Deutschland“ als Hauptpartner in der Außenpolitik waren das Firmenzeichen der III. Republik. Die Unterstützung Deutschlands für die Integration Polens in die EU und die NATO wurde als Schlüssel betrachtet, die übergeordneten Ziele der polnischen Diplomatie zu erreichen. Auf ihr beruhte die Anfang der 1990er Jahre ausgerufene „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“. Die Zusammenarbeit und Verständigung mit Deutschland galt darüber hinaus als der beste Weg, eine starke Position Polens innerhalb der Europäischen Union aufzubauen. Polen an der Seite Deutschlands und Frankreichs (Weimarer Dreieck) als Motor des vereinten Europas – das galt als ambitionierte, aber realistische Vision. Die Partnerschaft mit Deutschland war für die Regierungen nach 1989 prioritär, daher wurden ihr auch manche Interessen in Einzelfragen, u.a. im bilateralen Bereich, untergeordnet. In den Verhandlungen zum „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ von 1991 wurde darauf verzichtet, das Thema der Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter aufzugreifen, hielt man sich in der Frage des Status der Polen in Deutschland zurück (sie wurden nicht als nationale Minderheit anerkannt) und regelte man nicht endgültig die Eigentumsfrage der Vertriebenen. Die polnische Seite kehrte auch in späteren Jahren nicht zu diesen Themen zurück, da sie die beiderseitigen Beziehungen nicht belasten wollte. Gleichzeitig vollbrachten die polnischen Eliten große Leistungen für die Versöhnung mit den Deutschen. In der Historiographie und im öffentlichen Diskurs befasste man sich intensiv mit dem Problem der Vertreibung der Deutschen und akzeptierte den vorher bekämpften Begriff „Vertreibung“.

In der Debatte über die IV. Republik wurde dieses Modell der Beziehung zu Deutschland in Frage gestellt. Um der Gerechtigkeit willen muss man sagen, nicht nur die Politiker der heutigen Regierungsparteien unterzogen es der Kritik, sondern die Kritik zog bedeutend weitere politische und intellektuelle Kreise. In der milderer Variante beruhte sie auf dem Hinweis, dass die eindeutige „Orientierung auf Deutschland“ unter den Bedingungen richtig gewesen sei, als das grundlegende Ziel der polnischen Außenpolitik die Integration mit Westeuropa war. Sie sei allerdings inadäquat geworden, als dieses Ziel erreicht worden war. Das einseitige „Setzen auf Deutschland“ hörte auf, willkommen zu sein. Die Entwicklung polnischer Eigenständigkeit in der Europäischen Union sollte auf der Basis einer souveränen Realpolitik vollzogen

werden, die ihre Partner abhängig von ihren konkreten Interessen sucht, und nicht über langwährende Partnerschaften mit ausgewählten Mitgliedsstaaten. Das Konzept der „wechselnden Bündnispartner“ in der EU wurde auch als informelle Doktrin in die Europapolitik der *PiS*-Regierung nach den Wahlen 2005 aufgenommen.

Die *PiS*-nahen Kreise unterzogen die Deutschlandpolitik der III. Republik jedoch einer noch weitaus schärferen Kritik und stellten nicht nur den Sinn ihrer Fortsetzung unter den veränderten Bedingungen in Frage, sondern auch ihre Grundlagen aus den 1990er Jahren. Zwei von der neuen Regierung nominierte Vertreter der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ und der „Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit“ schrieben in einem gemeinsamen Artikel, der im September 2006 in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ veröffentlicht wurde, dass die polnische Politik gegenüber Deutschland nach 1989 eine „Diplomatie der Schwäche“ gewesen sei. „Ihre damaligen Urheber waren nicht in der Lage, eindeutig unsere nationalen Interessen in diesem Bereich zu benennen und umso weniger, Strategien für ihre Verwirklichung zu entwickeln“, schrieben Mariusz Muszyński und Krzysztof Rak. Diese Meinung teilen viele Politiker und Intellektuelle, die *Recht und Gerechtigkeit* nahe stehen. Die Umgehung schwieriger Fragen in den Beziehungen zu Deutschland schlug sich nach dieser Interpretation in den folgenden Jahren nieder, u.a. in den Forderungen deutscher Vertriebenen, die der „Preußischen Treuhand“ angehören. Die Regelung der Frage der Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter erfolgte erst als unmittelbarer Effekt des Drucks jüdischer Organisationen auf Deutschland. Die vermeintliche Nachgiebigkeit der polnischen Seite in Angelegenheiten, die mit der Vergangenheit verknüpft sind, führte demnach auch zur Gleichgültigkeit der deutschen Eliten gegenüber den Äußerungen der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, die als offen antipolnisch empfunden wurden, und zur wohlwollenden Einstellung eines Teils der politischen Klasse gegenüber ihrem Projekt, dem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. Polen kümmerte sich demnach auch nicht ausreichend um die Rechte der Polen, die in Deutschland leben. Trotz entsprechender Vertragsvereinbarungen bestehen weiterhin v.a. beim Polnischunterricht in den Schulen enorme Probleme. Darüber hinaus kann man nach Meinung der Autoren des oben zitierten Textes nicht einmal die Mitgliedschaft Polens in der NATO und der EU als Erfolg der in den 1990er Jahren verwirklichten politischen Doktrin gegenüber Deutschland bezeichnen, denn die Mitgliedschaft sei

„ein Resultat des Endes des Kalten Krieges und kein Verdienst des Genies polnischer Außenminister“.

Die unvollendete Partnerschaft

Die Kritik am Modell der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989 hat jedoch noch eine zweite Seite. Dies ist die deutliche Enttäuschung, ja sogar Frustration, die sich aus dem ungenügenden Gewicht ergibt, das man in Deutschland den Beziehungen zu Polen beimisst. Die Überzeugung, dass in Deutschland die eigentliche Partnerschaft mit Polen nie den Bereich politischer Deklarationen verlassen hat, ist in Polen ziemlich weit verbreitet und beschränkt sich keineswegs auf die heute regierende Mannschaft. Darüber, dass in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen „Versöhnungskitsch“ herrsche, der den Mangel an tieferem politischen und intellektuellen Inhalt verdecke, schrieb Klaus Bachmann schon 1994. Von der Notwendigkeit, von der Phase der Versöhnung zur Partnerschaft überzugehen, zeigte sich der politisch nicht von der Rechten kommende Diplomat Marek Prawda in einem Artikel am 17. Mai 2000 in der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ überzeugt. Sechs Jahre später, als er im Juni 2006 als Kandidat für den Posten des Botschafters vor der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des polnischen Sejm sprach, blieb er bei seiner Meinung: „Polnische Angelegenheiten waren in Deutschland häufig der sog. deutschen Frage bzw. der Verwirklichung der deutschen Einheit oder der Politik gegenüber Russland untergeordnet. [...] In den letzten 15 Jahren hat sich in diesem Bereich viel verändert, aber ständig finden wir Spuren einer Haltung, die ich für ein beschwerliches Hindernis bei der Anhebung unserer Beziehungen auf das Niveau einer echten Partnerschaft halte. [...] Wenn sich die Akzeptanz des Grenzvertrags als Preis für die Vereinigung darstellt und nicht als gerechte Bedingung der Versöhnung, wenn die Grundlage einer langfristigen Zusammenarbeit mit der These begründet wird, dass man besser Stabilität nach Osten exportiert als von dort Instabilität zu importieren, sieht dies nicht nach einer ausreichenden Begründung für Beziehungen zwischen zwei Subjekten aus“. Einer der Vorgänger von Prawda auf dem Botschafterposten in Berlin, Jerzy Kranz, schrieb 2003, dass Polen für Deutschland ein wichtiges politisches Ziel sei, aber nicht als Partner behandelt werde. Letztens sprach sich in ähnlichem Ton der ehemalige, den Deutschen wohlgesonnene Präsident Aleksander Kwaśniewski aus. In einem Interview für den „Tagesspiegel“ im November 2006 kritisierte er, dass Deutschland Polen nicht ganz ernst nehme.

In Polen hört man immer häufiger Stimmen, dass

Deutschland keine politischen Konsequenzen aus der EU-Erweiterung gezogen habe und nicht bereit sei, seine östlichen Nachbarn als Subjekte anzusehen. In der deutschen Denkweise dominiere weiterhin die einseitige Orientierung auf Frankreich, während Polen von Berlin als „gelegentlicher Bezugspunkt für seine Innen- oder Europapolitik, mal helfenden, mal mahnenden Charakters“ behandelt werde, wie der konservative Intellektuelle Marek A. Cichocki in einem bitteren Artikel schrieb. Seiner Meinung nach „überschätzt Polen die Bedeutung Deutschlands, Deutschland schätzt aber die Bedeutung Polens nicht“ in der Außenpolitik. Die Beispiele könnte man mehren. Am häufigsten wird die Entscheidung für den Bau der Ostseepipeline genannt, die ohne Konsultationen mit der polnischen Seite getroffen wurde, obwohl Polen – im Gegensatz zu Russland – Mitglied der EU ist und diese Investition Polens lebenswichtige Sicherheitsinteressen tangiert. Auch die Haltung Deutschlands in den Verhandlungen zum Verfassungsvertrag bestärkte viele in Polen in der Überzeugung, dass der Weg zu einer wahren Partnerschaft mit Deutschland noch sehr weit ist. Ein anderes Beispiel ist die Bagatellisierung der Rolle Erika Steinbachs in Deutschland, die in den deutsch-polnischen Beziehungen zu einem echten Problem wurde. Statt sich eben aus diesem Grunde für ihre Äußerungen und ihr Projekt, das Zentrum gegen Vertreibungen, zu interessieren, tut ein enormer Teil der deutschen politischen Klasse diese Angelegenheit mit der Versicherung ab, dass Frau Steinbach in Deutschland überhaupt eine unbekannte Person sei... Es fällt schwer, ein noch treffenderes Beispiel für das Nichtverstehen in der Frage der Definition der deutsch-polnischen Partnerschaft zu finden.

Im rechten Teil der politischen Szene mit *PiS* an der Spitze ist die Antwort auf den derzeitigen Stand der Dinge der Versuch, Polen selbstständig als Subjekt in der Europäischen Union aufzubauen, ohne die Unterstützung Deutschlands zu suchen. Die Konsequenz aus der Frustration – die dem Gefühl entspringt, von Deutschland gering geschätzt zu werden – ist folglich die Überzeugung, dass man in den Beziehungen mit dem westlichen Nachbarn mit harten Bandagen kämpfen und unnachgiebig seinen Standpunkt verteidigen muss. Sowohl die Formulierung der eigenen Interessen ist entschiedener als bisher wie es auch die Anwendung symbolischer Formen des Zuredens und des Drucks ist. Ein Beispiel für Letzteres war die Sejm-Resolution vom 10. September 2004, in der die polnische Regierung dazu aufgerufen wurde, für den Fall von Entschädigungsansprüchen Vertriebener Deutschland

gegenüber die Forderung nach Kriegsreparationen zu stellen. Der Beschluss, der das Projekt einer winzigen Gruppierung der nationalistischen Rechten war, wurde fast einstimmig befürwortet, obgleich die damals regierende Linke und die oppositionelle *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) (die gemeinsam über 2/3 der Stimmen verfügten) anfangs dagegen waren und nicht an die Möglichkeit seiner Verwirklichung glaubten. Sie beugten sich aber unter dem Druck der kleineren Oppositionsgruppen, die mit Parolen der Verteidigung der nationalen Interessen fochten, und der Notwendigkeit, gegenüber den Deutschen „eine geschlossene Front“ zu präsentieren. Das wichtigste Argument für die Resolution war nicht so sehr die Absicht, ihren Inhalt tatsächlich zu verwirklichen (d.h. Reparationen zu erhalten), sondern vielmehr der Versuch, die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf wichtige Probleme im Verhältnis zu Polen zu lenken, die nicht gering geachtet werden dürften. Der Preis für diese Demonstration der polnischen Sicht war, dass eine Stimmung der Abneigung gegenüber den Deutschen entfacht wurde. Die Resolution stellt also möglicherweise insofern eine gewisse Zäsur im polnischen Diskurs dar, als man von diesem Zeitpunkt an eine deutliche Intensivierung kritischer und negativer Meinungen zum Thema Deutschland bemerken kann.

Wohin wollen die Deutschen?

Auf diese Weise kommen wir zur letzten, nicht weniger wichtigen Quelle des Misstrauens der derzeitigen politischen Eliten gegenüber Deutschland. Die Umorientierung in der Außenpolitik der IV. Republik sowie die spürbare Enttäuschung – dadurch hervorgerufen, dass Deutschland Polen nicht als Subjekt behandelt – lagen der Infragestellung des Ziels einer „strategischen Partnerschaft“ mit Deutschland zugrunde. Aber diese Wahl wäre letztendlich nicht ganz verständlich, gäbe es nicht gleichzeitig eine pessimistische Einschätzung der Richtung, die Deutschland heute einschlägt. In der Kritik geht es also nicht nur um das fehlende ausreichende Interesse Deutschlands an Polen, sondern auch um die Frage, wie sich die deutsche Identität entwickelt und um die Veränderungen der Rolle Deutschlands in Europa.

Zweifellos spielt die größte Rolle in diesem sich eindeutig verschlechternden Bild von Deutschland die Interpretation der Veränderungen im kollektiven Gedächtnis der Deutschen. Versuche, die Vertreibung der Deutschen durch Analogiebildung mit anderen Migrations- und Aussiedlungsbewegungen im Europa des 20. Jh. zu historisieren, stoßen in Polen auf Widerstand. Ist der eigentliche Kontext, um

das Problem der Vertreibung der Deutschen zu verstehen, tatsächlich die Tragödie der Kosovo-Albaner oder der Armenier in der Türkei? In Polen herrscht überparteilicher Konsens, dass der Ausgangspunkt die Besatzungspolitik Hitlerdeutschlands war. Dieses ist der Hintergrund für die negative Einstellung der polnischen Öffentlichkeit gegenüber der Idee, an das Schicksal der deutschen Vertriebenen in Form eines Zentrums in Berlin, das vom Bund der Vertriebenen initiiert wurde, zu erinnern. Was aber folgt daraus für die Sicht auf Deutschland im Allgemeinen? Unter den konservativen Intellektuellen und Publizisten, die das Vertrauen der *PiS*-Politiker haben (aber nicht nur), besteht die verbreitete Ansicht, dass „das Problem Steinbach“ nur ein Symptom der Veränderungen im deutschen historischen Bewusstsein ist. Entsprechend dieser Einschätzung durchläuft die deutsche Gesellschaft eine Phase der Renationalisierung des Denkens, und ein wichtiger Bestandteil ist dabei gerade die zunehmend affirmative Haltung gegenüber der deutschen Vergangenheit. Die Diskussion über die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs soll demnach von der Neigung zeugen, positive nationale Mythen aufzubauen, die unvermeidlich eine Deformation des Bildes von der Vergangenheit sowie eine Relativierung der deutschen Schuld nach sich ziehen. Und Letzteres weckt die größten Ängste, insbesondere weil das Gefühl moralischer Schuld für die an Polen begangenen Verbrechen sowieso schon bedeutend geringer ist, als gegenüber Juden und Russen.

Die Tendenzen, die – entweder gezielt oder ganz einfach faktisch – in Richtung Revision des Geschichtsbildes gehen, werden als grundsätzliche Veränderungen des Charakters des deutschen kollektiven Gedächtnisses interpretiert. In einem tiefgründigen Text, der der Ausstellung „Erzwungene Wege“ gewidmet ist, kommentierten die Publizisten Marek A. Cichocki und Dariusz Gawin, dass die Tatsache, dass die Ausstellung „im Kronprinzenpalais Unter den Linden gegenüber dem Deutschen Historischen Museum gezeigt wurde, davon zeugt, dass ihre Inhalte mitten ins Zentrum des deutschen Symbolraums geführt wurden“. Unruhe, hervorgerufen durch die Veränderungen des deutschen Erinnerungsdiskurses (und nicht nur durch das Problem der Vertriebenen), drückte Staatspräsident Lech Kaczyński in einem Interview für die Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ aus.

Hier ist nicht der Ort für ein Rasonnieren darüber, inwieweit eine solche Analyse der Realität entspricht. Es lohnt sich aber, allein der Tatsache Aufmerksamkeit zu schenken, dass sie in großem Maß die Art und Weise spiegelt, wie von ihren Autoren die

Probleme der Erinnerung auch in einem allgemeineren Sinn betrachtet werden. Geschichtspolitik ist – wie bereits gesagt – ein wichtiges Element des Projektes „IV. Republik“ und die Prägung des kollektiven Gedächtnisses, u.a. durch staatliche Institutionen, ihr Hauptziel. Und gerade dieses „kollektive Gedächtnis“, das sich auf die Gesellschaft als Ganze bezieht, ist hier der Schlüsselbegriff. Über die Erinnerung spricht man in kollektiven Kategorien als dem Eigentum oder auch einer Eigenheit einer ganzen Nation. Die nationale Gemeinschaft ist, wenn nicht der Hauptträger des Gedächtnisses, so doch zumindest der Begriff, der das größte Interesse konservativer Kreise weckt. Das Streben nach einem Bild der polnischen Vergangenheit, das nach Möglichkeit kohärent, positiv und Gegenstand des gesellschaftlichen Konsens ist, ist das Ziel der Maßnahmen im Bereich der Geschichtspolitik. Diese Art des Verstehens und der Interpretation der Wirklichkeit wird auch auf die Analyse der Erscheinungen, die im Bereich des Erinnerens in Deutschland auftreten, übertragen. Die Konzentration auf das kollektive Gedächtnis stellt notwendigerweise solche Themen in den Schatten, wie die Individualisierung der Erinnerung (Vergangenheitsbetrachtungen durch das Prisma des Einzelschicksals und nicht der ganzen Gemeinschaft) oder die Pluralisierung des Geschichtsdiskurses (die Existenz verschiedener Interpretationen nebeneinander und nicht nur einer dominierenden). Es scheint, dass hier der Kern der heutigen deutsch-polnischen Missverständnisse liegt. Während die Mehrheit der Deutschen findet, dass national-revisionistische Tendenzen nur eine von vielen Arten sind, über die Vergangenheit in der gegenwärtigen pluralistischen deutschen Gesellschaft zu diskutieren, überwiegt in Polen die Meinung, dass sie Teil einer dominierenden Strömung und des „offiziellen“ Gedächtnisses sind.

Die Antwort auf die Frage „Wohin wollen die Deutschen?“ wird natürlich nicht nur im Bereich der Beziehung zur Geschichte gesucht, obgleich dieses Problem am breitesten diskutiert wird. Das Bild der „Berliner Republik“ vervollständigen Deutschlands weitreichendere internationale Ambitionen (die Frage des ständigen Sitzes im Weltsicherheitsrat), seine assertive Haltung in der Europäischen Union (z.B. beim Stabilitätspakt), die Patriotismusdebatte, Annäherungen an Russland usw. Eine Übertreibung wäre die Feststellung, dass die Antwort auf die Frage „Müssen wir uns wieder vor den Deutschen fürchten?“ (unlängst von der Wochenzeitschrift „Wprost“ gestellt) in *PiS*-nahen Kreisen positiv ausfällt. Auch fast 90 % der Polen hält diese Angst für unbegründet. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, dass die „Berliner Republik“ heute paradoxerweise als ein weiter entferntes Land erscheint als die Kohlsche „Bonner Republik“, stärker auf sich selbst bezogen, weniger am Nachbarn im Osten interessiert und ihm gegenüber weiterhin paternalistisch auftretend.

Das Misstrauen und die Distanz, mit denen sich *Recht und Gerechtigkeit* heute auf Deutschland bezieht, haben also nicht den Charakter eines antideutschen Reflexes. Sie leiten sich aus der kritischen Bewertung der polnischen Politik gegenüber Deutschland nach 1989 ab, aus dem Gefühl der mangelnden Bereitschaft Deutschlands für eine echte Partnerschaft mit Polen sowie der stark von den Problemen des kollektiven Gedächtnisses bedingten Analyse der inneren Situation in Deutschland. Der Referenzrahmen für die gegenwärtigen deutsch-polnischen Missverständnisse ist die vollkommen unterschiedliche Art und Weise der Eliten in Deutschland, diese drei Fragen zu betrachten.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Piotr Buras (Jg. 1974), Politologe und Publizist, Mitarbeiter des Zentrums für Internationale Beziehungen in Warschau (Centrum Stosunków Międzynarodowych w Warszawie), veröffentlicht u.a. in der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“. Zur Zeit Stipendiat des Programms „European Common Foreign and Security Policy Studies“ (VolkswagenStiftung, Compagnia di San Paolo, Riksbankensfond). Herausgeber des Buches „Polens Weg. Von der Wende bis zum EU-Beitritt“ (mit Henning Tewes), Hohenheim Verlag, Stuttgart, Leipzig 2005.

Umfragen

Das Verhältnis der Polen zu ausgewählten Nationen

Wie würden Sie Ihre Einstellung zu anderen Nationen charakterisieren? (in %)

Umfrageergebnisse von Oktober 2006

Nation	Sympathie	Gleichgültigkeit	Antipathie	schwer zu sagen	Mittelwert*
Amerikaner	49	32	16	3	0,70
Araber	9	19	66	6	-1,40
Belarussen	23	31	39	6	-0,34
Chinesen	18	29	43	10	-0,58
Deutsche	33	31	33	3	-0,02
Engländer	50	31	15	4	0,76
Franzosen	48	31	16	5	0,62
Italiener	52	29	14	5	0,76
Juden	20	30	45	5	-0,64
Litauer	36	33	24	7	0,19
Österreicher	36	34	23	7	0,19
Roma	14	24	58	4	-1,01
Rumänen	16	26	52	6	-0,83
Russen	22	28	47	3	-0,52
Serben	18	30	43	9	-0,54
Slowaken	44	33	18	5	0,44
Spanier	53	28	12	7	0,83
Tschechen	52	30	14	4	0,70
Türken	17	27	48	8	-0,70
Ukrainer	24	29	42	5	-0,47
Ungarn	45	32	18	6	0,53

*Die Angaben sind Mittelwerte auf einer Skala von +3 (max. Sympathie) bis -3 (max. Antipathie).

Anm.: Juden und Roma werden als Nationen aufgefasst.

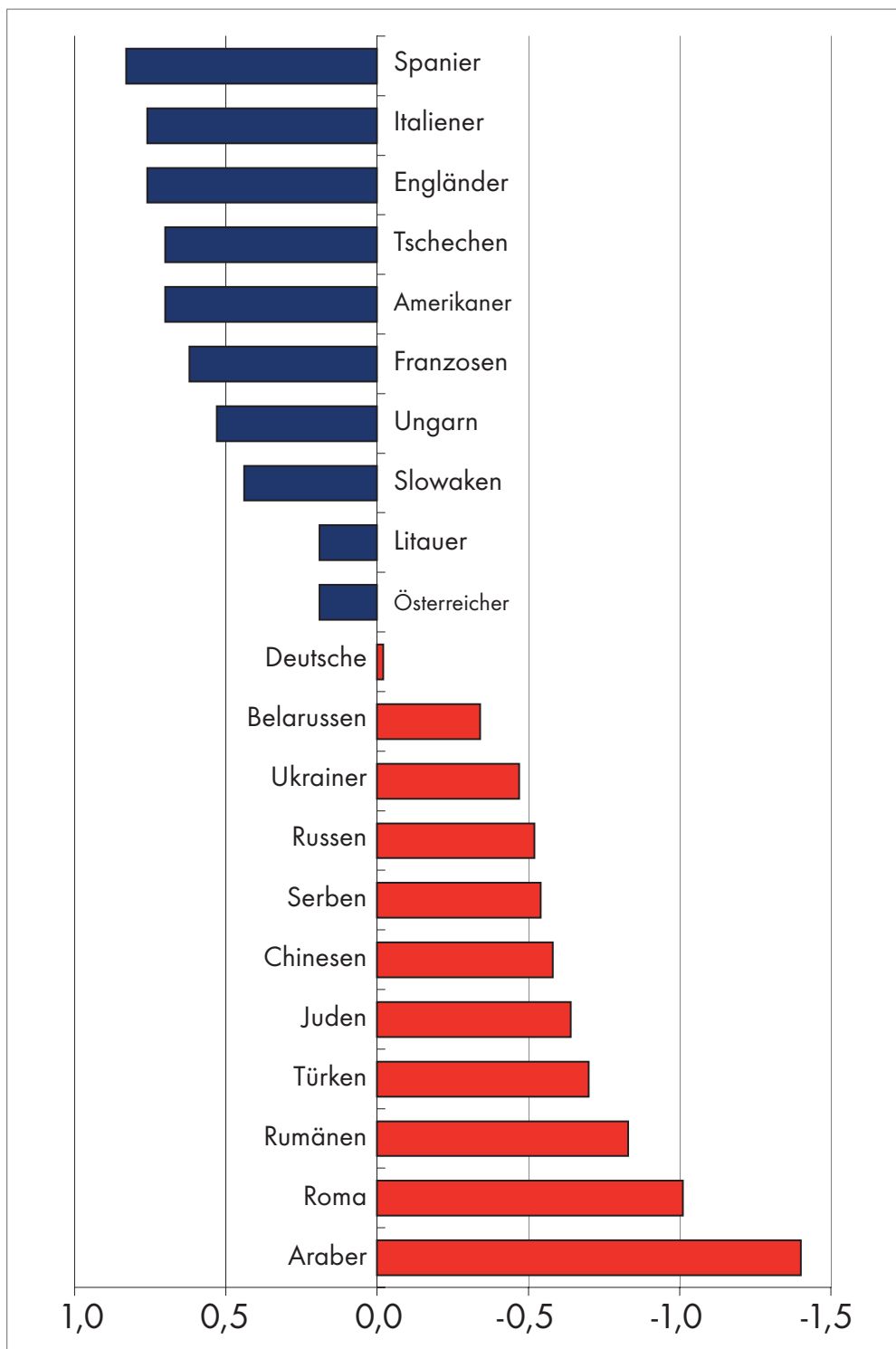
Quelle: CBOS, BS/148/2006, Stosunek Polaków do innych narodów, Warszawa, październik 2006, <http://www.cbos.pl>

Wie würden Sie Ihre Einstellung zu anderen Nationen charakterisieren?

Umfrageergebnisse von Oktober 2006

Die Angaben sind Mittelwerte auf einer Skala von +3 (max. Sympathie) bis -3 (max. Antipathie).

Anm.: Juden und Roma werden als Nationen aufgefasst.



Quelle: CBOS, BS/148/2006, Stosunek Polaków do innych narodów, Warszawa, październik 2006, <http://www.cbos.pl>

Veränderungen der Sympathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen (Antworten in %)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Amerikaner	50	58	56	45	46	49
Araber	-	16	13	11	8	9
Belarussen	26	26	22	21	18	23
Chinesen	22	26	22	20	16	18
Deutsche	32	38	36	33	34	33
Engländer	44	51	49	46	50	50
Franzosen	55	51	48	45	43	48
Italiener	54	54	53	50	52	52
Juden	19	23	21	18	20	20
Litauer	36	38	36	38	32	36
Österreicher	37	40	36	31	30	36
Roma	17	15	16	15	13	14
Rumänen	15	15	15	14	12	16
Russen	23	24	22	18	16	22
Serben	17	18	17	15	12	18
Slowaken	42	42	43	41	36	44
Spanier	-	-	-	47	47	53
Tschechen	47	50	50	49	46	52
Türken	-	-	-	-	14	17
Ukrainer	19	22	19	29	23	24
Ungarn	47	48	45	43	39	45

Anm.: Juden und Roma werden als Nationen aufgefasst.

Quelle: CBOS, BS/148/2006, *Stosunek Polaków do innych narodów*, Warszawa, październik 2006, <http://www.cbos.pl>

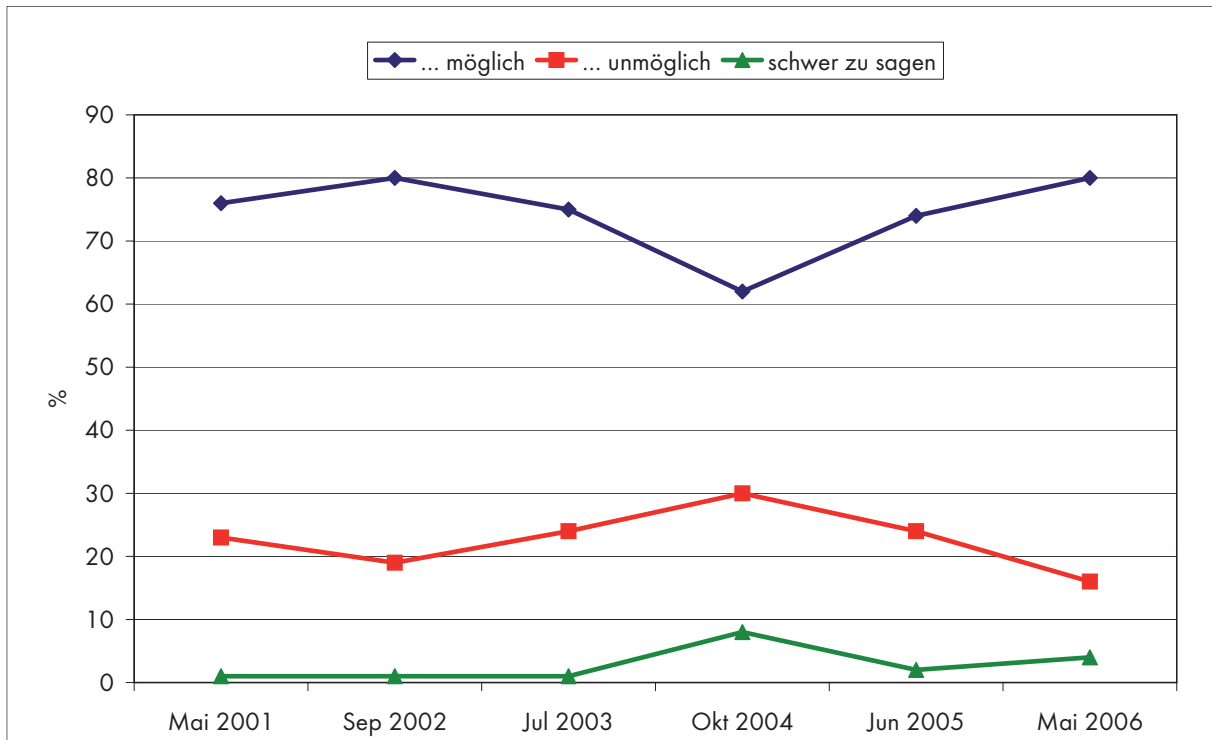
Veränderungen der Antipathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen (Antworten in %)

Nation	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Amerikaner	14	12	17	20	24	16
Araber	-	54	60	59	70	66
Belarussen	40	36	44	37	51	39
Chinesen	35	32	39	37	47	43
Deutsche	36	31	38	34	38	33
Engländer	18	15	19	17	19	15
Franzosen	9	12	19	19	25	16
Italiener	8	10	12	11	15	14
Juden	47	46	47	45	50	45
Litauer	24	24	26	21	31	24
Österreicher	21	19	25	21	32	23
Roma	56	60	61	56	65	58
Rumänen	56	55	58	54	62	52
Russen	47	43	49	53	61	47
Serben	42	42	45	40	51	43
Slowaken	15	17	20	16	26	18
Spanier	-	-	-	12	18	12
Tschechen	15	15	18	14	22	14
Türken	-	-	-	-	53	48
Ukrainer	49	48	51	34	50	42
Ungarn	15	14	19	13	25	18

Anm.: Juden und Roma werden als Nationen aufgefasst.

Quelle: CBOS, BS/148/2006, Stosunek Polaków do innych narodów, Warszawa, październik 2006, <http://www.cbos.pl>

Ist Ihrer Meinung nach eine Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen ... (in %)



Ist Ihrer Meinung nach eine Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen ... (in %)

	Februar 1990	Februar 1991	Mai 1992	Juni 1993	Juni 1994	Mai 1995	Mai 1996	Juni 1997	Juni 1998	April 1999	Mai 2000	Mai 2001	Sept. 2002	Juli 2003	Okt. 2004	Juni 2005	Mai 2006
möglich	47	63	51	50	58	60	65	73	68	73	76	76	80	75	62	74	80
unmöglich	50	34	46	48	41	39	33	25	24	26	23	23	19	24	30	24	16
schwer zu sagen	2	3	2	2	1	1	1	2	8	1	1	1	1	1	8	2	4

Anm.: Die Umfrage wurde in Polen durchgeführt.

Quelle: CBOS, BS/98/2006, *Opinie o stosunkach z Rosją, Niemcami i Ukrainą. Na kim Polacy mogą polegać, a kogo się obawiać*. Warszawa, czerwiec 2006, <http://www.cbos.pl>

Auf welche Staaten kann sich Polen verlassen?

Vereinigte Staaten von Amerika	32%
Großbritannien	17%
Deutschland	15%
Frankreich	11%
Ukraine	6%
Tschechien	5%
Spanien	4%
Italien	4%
Irland	3%

Quelle: CBOS, BS/98/2006, *Opinie o stosunkach z Rosją, Niemcami i Ukrainą. Na kim Polacy mogą polegać, a kogo się obawiać*. Warszawa, czerwiec 2006, <http://www.cbos.pl>

Vor welchen Staaten muss sich Polen fürchten?

Russland	59%
Deutschland	23%
Belarus	11%
Irak (auch „arabische“ / „muslimische“ Länder)	7%
Ukraine	5%
Frankreich	4%
Vereinigte Staaten von Amerika	3%
Iran	3%
China	3%

Quelle: CBOS, BS/98/2006, *Opinie o stosunkach z Rosją, Niemcami i Ukrainą. Na kim Polacy mogą polegać, a kogo się obawiać*. Warszawa, czerwiec 2006, <http://www.cbos.pl>

Dokumentation
Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Premierminister der Republik Polen, Jaroslaw Kaczynski

am 30. Oktober 2006 in Berlin

(Die Ausschrift des fremdsprachlichen Teils erfolgte anhand der Simultanübersetzung)

BK'IN MERKEL: Ich begrüße Sie alle zu der Pressekonferenz, begrüße aber vor allen Dingen den polnischen Premierminister Jaroslaw Kaczynski ganz herzlich bei uns hier in Deutschland zu seinem Antrittsbesuch. Wir haben uns nach der offiziellen Begrüßung jetzt in einer ersten Gesprächsrunde mit wichtigen Themen der bilateralen Zusammenarbeit befasst, aber auch mit einigen Fragen der europäischen Zusammenarbeit. Wir werden das Gespräch beim Mittagessen noch fortsetzen, dann auch in Anwesenheit des Außenministers und anderer Vertreter unserer Regierungen.

Ich möchte von meiner Seite aus sagen, dass ich mich sehr über diesen Antrittsbesuch gefreut habe, dass wir sehr konstruktiv, sehr offen, sehr ehrlich und auch sehr freundschaftlich miteinander gesprochen haben und dass wir uns

gemeinsam der Bedeutung guter Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland bewusst sind. Ich glaube sagen zu dürfen - so ist mein Eindruck aus dem Gespräch -, dass wir beide diese guten, freundschaftlichen bilateralen Beziehungen wollen und dass wir wissen, dass sie gut für unsere beiden Ländern sind, dass wir aber auch wissen, dass sie von großer Bedeutung für die Europäische Union sind.

Wir haben uns in unserer ersten kleineren Gesprächsrunde den Themen zugewandt, die von Interesse sind. Zuerst darf ich berichten, dass alle Probleme, die es zeitweise im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Jugendwerk gab, gelöst sind, dass wir den Austausch von Jugendlichen für außerordentlich wichtig halten, dass sich schon mehr als 1,5 Millionen junge Menschen in Deutschland und Polen kennen gelernt haben und dass das unbedingt fortgesetzt werden muss.

Wir haben zweitens über das wichtige Thema Energiepolitik gesprochen. Die Energiepolitik ist natürlich eine strategische Frage; denn wirtschaftlicher Wohlstand und die Sicherheit der Menschen von heute hängt in zunehmendem Maße auch von der Energieversorgung ab. Ich habe deutlich gemacht, dass die Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedsland der Europäischen Union unbeschadet des Baus der Ostsee-Pipeline folgendes Verständnis hat: Jedes Projekt, das es in Europa gibt, muss auch ein Projekt sein, das mit anderen Staaten und nicht gegen andere Staaten unternommen wird. Deshalb haben wir verabredet, dass in der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe, die schon besteht, weiter über die Frage der Energieversorgung gesprochen wird, und zwar in dem Sinne, dass wir einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt schaffen, sowohl, was Strom anbelangt, aber auch, was die Gasversorgung anbelangt, und dass Polen als Mitgliedstaat der Europäischen Union natürlich genauso wie auch die baltischen Staaten Zugang zu den europäischen Gasmärkten haben muss.

Während der deutschen Ratspräsidentschaft werden wir uns für dieses Thema einsetzen, insbesondere auch, weil uns die Kommission im Januar einen Energiereport vorlegen wird. Ich hoffe, dass wir dann schon auf dem März-Rat in Brüssel, bei dem es dann auch um die wirtschaftliche Entwicklung gehen wird, erste Ergebnisse vorlegen können. Das heißt also, die deutsch-polnische Arbeitsgruppe wird sich mit technischen Fragen beschäftigen, die wir natürlich auf der politischen Ebene nicht lösen können.

Wir haben dann darüber gesprochen, dass wir unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren wollen, wo immer das möglich ist - auch diesbezüglich gibt es sehr, sehr gute Entwicklungen -, und dass wir natürlich auch die Fragen der Vergangenheit an den Stellen, an denen es Unsicherheiten gibt, immer wieder in das Blickfeld nehmen müssen. Ich habe in der Kontinuität der deutschen Bundeskanzler noch einmal deutlich gemacht, dass die Bundesregierung keine Ansprüche auf Entschädigung unterstützt, die von einzelnen Personen gestellt werden. Hierzu gibt es eine ganz eindeutige deutsche Position, nämlich die Nichtunterstützung individueller Ansprüche auf Entschädigung. Mir war es sehr wichtig, dies noch einmal deutlich zu machen, weil ich weiß, welche Beunruhigung z. B. die Tätigkeit der Preußischen Treuhänder in Polen immer wieder auslöst. Das ist keine gute Grundlage für eine Zusammenarbeit, und deshalb möchte ich dies an diesem Tag des Antrittsbesuchs auch heute noch einmal ganz ausdrücklich wiederholen.

Ich glaube, dass wir, Deutschland und Polen, insgesamt auch eine ganz wichtige Aufgabe innerhalb der Europäischen Union haben. Wir werden Themen wie den Verfassungsvertrag und die Nachbarschaftspolitik dann noch beim Mittagessen intensiv miteinander diskutieren. Dafür hat die Zeit bis jetzt einfach noch nicht gereicht. Aus meiner Sicht noch einmal ein herzliches Willkommen hier in Berlin, Herr Ministerpräsident, und Sie haben das Wort!

PM KACZYNSKI: Ich bedanke mich herzlich. Ich freue mich sehr, dass ich hier bin. Ich freue mich, dass ich ein langes, offenes, freundschaftliches und ehrliches Gespräch mit der Frau Bundeskanzlerin über für Polen - ich denke aber, auch für Deutschland - wichtige Angelegenheiten und über Dinge führen konnte, die erledigt werden sollten, wenn unsere Beziehung dauerhaft gut und immer besser sein soll und wenn sie eine der Grundlagen für das Funktionieren der Europäischen Union bilden sollen. Das ist unser Ziel.

Dieses Ziel kann auf verschiedene Art und Weise realisiert werden, zum einen, indem man alles dafür tut, dass alle Staaten der Europäischen Union, darunter Polen, eine Gewissheit haben und sicher sein können, dass ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen nicht in Gefahr gebracht werden, weil Energiepolitik eventuell als Waffe

benutzt werden könnte. Wir haben darüber gesprochen, wie diese Gefahr abgewendet werden kann, sowohl auf vertraglicher Ebene als auch auf der Ebene der Verbindung der einzelnen Energiesysteme mit den Dingen, die in die Vergangenheit gehören. Wir haben darüber gesprochen, dass für alle europäischen Länder – die Situation Polens ist hierbei eine besondere – jegliche Gefahr ausgeschlossen werden soll. Ich hoffe, dass die Gespräche dann auf technischer Ebene von Experten fortgesetzt werden können; wir haben über bestimmte Ideen gesprochen. Während der deutschen Ratspräsidentschaft werden Entscheidungen zu treffen sein, die schließlich zu einer für uns zufriedenstellenden Lösung führen werden. Das genießt höchste Priorität, die von fundamentaler Bedeutung für Polen ist.

Wir haben auch über Fragen im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Jugendwerk gesprochen. Wir können sagen: Alle Schwierigkeiten liegen hinter uns. Der Austausch umfasst 1,5 Millionen deutsche und polnische Jugendliche. Wir finden, das ist ein großes Geschenk für die Zukunft, das unsere beiden Länder leisten.

Die Frage der Vergangenheit und auch der Entschädigung war ein Thema. Wir haben es hierbei mit folgender Situation zu tun: Einerseits schätze ich sehr, dass die Frau Bundeskanzlerin zum wiederholten Male das bestätigt hat, was bereits Bundeskanzler Schröder gesagt hat, und es mit aller Deutlichkeit betont hat. Ich möchte aber auch betonen, dass diese Angelegenheit aus polnischer Sicht noch nicht abgeschlossen ist.

Ich möchte hinzufügen: Dieses Gespräch war für mich etwas Neues. Wir hatten zum ersten Mal Gelegenheit, so lange miteinander zu reden. Ich möchte eindeutig bestätigen, dass das für mich eine gute Erfahrung ist, von der ich annehme, dass sie dabei helfen wird, gute Beziehungen zwischen unseren Staaten und Regierungen sowie - das wage ich zu sagen - auch gute persönliche Kontakte zu begründen.

Quelle:

http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2006/10/2006-10-30-pk-bkin-polnischer.mp.html

Chronik

Vom 5. bis zum 18. Dezember 2006

05.12.2006	Nach dem Zeitplan der EU-Innenminister wird die Erweiterung der Schengen-Zone um die neuen EU-Mitgliedsländer zwischen Dezember 2007 und März 2008 vollzogen.
05.12.2006	Beim Weimarer Gipfel in Mettlach bekräftigen Staatspräsident Lech Kaczyński, Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzlerin Angela Merkel den Willen zu einer engeren Zusammenarbeit in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Darüber hinaus unterstützen sie die Entwicklung der Demokratie und der Bürgergesellschaft in Belarus und die Bemühungen der Ukraine um vertiefte Beziehungen zu den euro-atlantischen Organisationen.
06.12.2006	Der Sejm entscheidet, dass den Woiwoden das Recht zugestanden werden soll, ein Veto gegen regionale Entwicklungsprojekte einzulegen, die mit öffentlichen oder EU-Mitteln finanziert werden. Experten, Regionalpolitiker und Opposition kritisieren diese Regelung als Anschlag auf die Woiwodschafts-Selbstverwaltung.
07.12.2006	Franciszek Gągor, Chef der polnischen Streitkräfte, gibt die Absicht bekannt, eine gemeinsame polnisch-deutsch-französische Kampftruppe aufzustellen, die der Europäischen Union unterstehen und 2013 einsatzbereit sein soll.
07.12.2006	Die Abgeordneten der Deutsch-Polnischen und Polnisch-Deutschen Parlamentariergruppen in Bundestag und Sejm verurteilen in einer Erklärung die Aktivitäten der „Preußischen Treuhand“ und rufen die Regierungen in Deutschland und Polen auf, den Dialog im Bereich der Geschichte zu intensivieren.
08.12.2006	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński erklärt, die Koalition sei gegenwärtig nicht gefährdet. Hintergrund ist die von den Medien aufgedeckte sog. „Sex-Affäre“. Eine Ratsabgeordnete der Partei Selbstverteidigung (Samoobrona) des Sejmik in Lodsch gibt an, ihren Arbeitsplatz gegen Sex mit dem Vorsitzenden der Samoobrona und stellv. Ministerpräsidenten Andrzej Lepper und dem Vizevorsitzenden Stanisław Łyżwiński erhalten zu haben.

08.12.2006	Der Vorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Donald Tusk bietet der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Zustimmung der PO zum Haushalt 2007 und Neuwahlen für das Parlament im Frühjahr 2007 unter der Bedingung an, dass zuvor die Koalitionspartner Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR) und Samoobrona aus der Regierungskoalition entlassen werden und ihre Vorsitzenden die Regierungsämtel verlieren. Dies biete die Chance, Polen aus der schwersten ethischen und politischen Krise der letzten Jahre herauszuführen.
11.12.2006	Nach Andrzej Lepper (Samoobrona) fordert auch die LPR die Verschärfung des Presserechts sowie die Einrichtung spezieller Pressegerichte, die Untersuchungen im Bereich des Presserechts im Eilverfahren durchführen sollen.
12.12.2006	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński kündigt an, die für das Verbrechen des Kriegszustandes (Verhängung des Kriegsrechts am 13.12. 1981) Verantwortlichen zu bestrafen.
13.12.2006	Anlässlich des 25. Jahrestages der Verhängung des Kriegsrechts am 13.12. 1981 verleiht Staatspräsident Lech Kaczyński ehemaligen Oppositionsmitgliedern, darunter Angehörigen der „Solidarność“, Geistlichen, Kulturschaffenden, Druckern, Auszeichnungen.
13.12.2006	Das Zentrale Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) wird im kommenden Jahr seine regionalen Strukturen ausbauen. Nach Auskunft des CBA-Leiters werden u.a. Rechts- und Finanzspezialisten für den Aufbau der Behörde gesucht.
13.12.2006	Polen, die Ukraine, Rumänien, Serbien, die Slowakei, Tschechien und Ungarn haben in Kiew die „Karpaten-Deklaration“ unterschrieben. Die Unterzeichnerstaaten beabsichtigen, den gemeinsamen Umweltschutz und die Entwicklung der Karpaten-Region zu fördern.
13.12.2006	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der es die Europäische Union zur Solidarität mit Polen im Handelsstreit mit Russland aufruft.
14.12.2006	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński teilt auf einem Treffen mit den Woiwoden mit, dass ein Veto gegen Investitionen der Woiwodschafts-Selbstverwaltungen nur in Ausnahmefällen und mit Einverständnis des Ministerpräsidenten eingelegt werden kann. Hintergrund sind die kritischen Kommentare zu dem Gesetzesvorhaben des Sejm vom 06.12.2006.
14.12.2006	Das Europäische Parlament hat den Haushalt der Europäischen Union für 2007 verabschiedet. Für Polen ist ein Budget von 11,2 Mrd. Euro vorgesehen. Die von Polen eingezahlte Summe beträgt 2,8 Mrd. Euro.
15.12.2006	Beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind die seit Jahren angekündigten Entschädigungsklagen der Vertriebenenorganisation „Preußische Treuhand“ gegen Polen eingereicht worden, deren Ziel die Entschädigung oder die Rückgabe von Eigentum ist.
15.12.2006	Der amtierende EU-Ratspräsident und finnische Ministerpräsident Matti Vanhanen teilt nach dem EU-Gipfel in Brüssel mit, dass es immer noch nicht gelungen sei, das Problem des polnischen Vetos gegen die Gespräche zwischen der Europäischen Union und Russland zu lösen.
16.12.2006	Außenministerin Anna Fotyga äußert sich höchst beunruhigt über die Entschädigungsklage der „Preußischen Treuhand“ und deutet sie als Versuch, sich der moralischen Verantwortung für die Folgen des 2. Weltkriegs zu entziehen. Die Maßnahmen der polnischen Seite seien das Ergebnis der Entscheidungen der Regierungen der USA, Großbritanniens und der UdSSR gewesen. Paweł Zalewski (PiS), Vorsitzender des Sejmausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, bewertet es als gutes Zeichen, dass die Bundesregierung die „Preußische Treuhand“ kritisiert und sich von ihren Forderungen distanziert. Nach Zalewski handelt es sich nicht um eine zwischenstaatliche Angelegenheit, aber Polen sei in dieser Frage sensibel und werde die Situation in Straßburg genau verfolgen.
17.12.2006	Auf einem außerordentlichen Parteitag der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) in Lublin soll das Parteiprogramm aktualisiert und den Herausforderungen des 21. Jhs. angepasst werden.
18.12.2006	Die „Polnische Treuhand“ appelliert in einem offenen Brief an Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17.06.1991 neu zu verhandeln.

Lesehinweis

Das neue OSTEUROPA-Themenheft „Quo vadis, Polonia? Kritik der polnischen Vernunft“

beschäftigt sich ausschließlich mit Polen.

Das Heft OSTEUROPA 11-12 / 2006 hat 336 Seiten, 11 Abbildungen und vier Karten. Es kann für 22,00 Euro bei der Redaktion OSTEUROPA erworben werden.

osteuropa@dgo-online.org, Tel.: 030 / 30104582



Jadwiga Staniszkis

Revolutionäre Eliten, pragmatische Massen

Der Pyrrhussieg der polnischen Populisten

In Polen ist eine neotraditionalistische Elite an die Macht gekommen, die mit einer populistischen Rhetorik von sich reden macht. Diese Elite hat das Gefühl, keine Kontrolle über die Prozesse zu haben, für die sie die politische Verantwortung trägt.

Sie war lange Zeit marginalisiert und begreift erst jetzt, dass die europäische Integration und die Globalisierung ihrer Macht Grenzen gesetzt haben und dass ein hierarchisches Regieren nicht mehr möglich ist. Um von ihrer Verunsicherung abzulenken, bedient sich diese Elite einer imitierten nationalistischen Ideologie. Da sich die polnische Gesellschaft pragmatisch an die neuen europäischen Gegebenheiten anpasst, ist der Erfolg der Nationalisten allerdings ein Pyrrhussieg. Überleben werden sie nur können, wenn sie in die politische Mitte zurückkehren.

Klaus Bachmann

Die List der Vernunft

Populismus und Modernisierung in Polen

Polen ist einzigartig. Nur hier besteht die Regierung allein aus populistischen Parteien. Wer sie mit Idealtypen der Parteienforschung analysieren will, scheitert, weil die klassischen Konfliktlinien der Parteienbildung aus historischen Gründen in Polen nicht existieren. Die Erfolge der Populisten speisen sich aus demographischem Druck, Wertewandel und einer tief sitzenden Verunsicherung durch die Reformen Ende der 1990er Jahre. Doch ein europäischer Vergleich zeigt: Der Populismus in Polen ist nicht einzigartig. Er hat dieselben paradoxen Folgen: Populisten attackieren die Demokratie, doch machen sie diese stabiler, indem sie deren Integrationsfähigkeit erweitern; sie bedienen sich anti-moderner Rhetorik, doch indem sie polarisieren, konsolidieren sie die Gegner und treiben dadurch Modernisierung voran; und da Populisten in der Regel unfähig sind, die Probleme zu lösen, die sie benannt haben, verlieren sie die Unterstützung der Wähler.

Peter Oliver Loew

Feinde, überall Feinde

Psychogramm eines Problems in Polen

Die von der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ geführte Koalition rechter und populistischer Parteien hat damit begonnen, Polen moralisch zu säubern. Dazu dienen ihr konstruierte Feindbilder. Der Topos vom alles beherrschenden układ erlaubt es, das Böse in all jenen Bereichen zu orten, die von der Regierung nicht oder nur teilweise kontrolliert werden. Historische Faktoren begünstigen diese konservative Utopie ebenso wie die Medialisierung der Politik und die problematischen Traditionen der polnischen politischen Kultur.

Andrea Huterer

Kampf der Rechten und Gerechten

Die politische Rhetorik der Kaczyńskis

Die Sprache der Brüder Lech und Jarosław Kaczyński eignet sich dazu, das Weltbild des Präsidenten und des Premierministers Polens zu analysieren. Diese Sprache enthält Schlüsselwörter und nutzt Verfahren, die polarisie-

ren, diskreditieren und ausgrenzen. Die Ironie besteht darin, dass die manichäischen Redefiguren, Feindbilder und Insinuationen der Kaczyńskis in der Tradition des kommunistischen Denkens stehen, das zu überwinden die Politiker beanspruchen. Mehr noch: die Metaphern und Techniken der Sprache der Kaczyńskis stammen aus dem klassischen Arsenal der manipulativen Rhetorik, das bereits Adorno in seinen Studien zum autoritären Charakter offengelegt hat.

Ulrich Schmid

Eine glückliche Familie

Die Giertychs und ihre Ideologie

Polens Bildungsminister Roman Giertych stammt aus einer politisch äußerst aktiven Familie und gehört der erzkonservativen Liga der Polnischen Familien an. Als Jugendlicher hatte er die nationalistische Bewegung der Wszepolacy gegründet. Romans Vater Maciej Giertych vertritt die Liga im Europaparlament und spricht sich in seiner Publizistik gegen das angebliche deutsche Hegemonialstreben in Europa und für traditionelle Familienwerte aus. Der Großvater ist Jędrzej Giertych, der sich in der Zwischenkriegszeit als nationalistischer Publizist einen Namen gemacht hatte. Die Familie Giertych beruft sich in ihrem politischen Credo auf den nationaldemokratischen Politiker Roman Dmowski und auf den katholischen Historiographen Feliks Koneczny. Konstanten des ideologischen Weltbilds der Giertychs sind eine enge Verbindung zwischen polnischer Nation und Katholizismus, eine Abwehrhaltung gegen Europa sowie Verschwörungstheorien, in dem die Deutschen, die Homosexuellen und in wechselnden Positionen die Juden oder die Freimaurer als Feinde auftreten.

Kai-Olaf Lang

Europapolitik ohne Kompass

Polen sucht seinen Kurs in der EU

Die Bilanz der polnischen Mitgliedschaft in der EU ist durchwachsen. Befürchtungen, Polen werde ein auf Eigeninteresse fixierter Querulant sein, haben sich nicht bestätigt. In der Ostpolitik oder der Regelung der EU-Financen agierte Polen konstruktiv. Ab 2007 wird Polen zum größten Empfänger von EU-Mitteln. In institutionellen Fragen oder dort, wo vermeintlich „vitale Interessen“ Polens berührt sind, dominieren konfrontative Elemente. Das Nebeneinander von Kooperation und Konfrontation ist Ausdruck davon, dass es der polnischen Regierung an konzeptioneller Klarheit in der Außen- und Europapolitik mangelt. Die von Jarosław Kaczyński postulierte „patriotische Außenpolitik“ und der ideologische Überbau eines „selbstbewußten Anderseins“ sind kontraproduktiv: Polen schadet sich und seinen Interessen damit selbst.

Paweł Świeboda

Noch ist Polen nicht verloren

Warschau introvertierte Europapolitik

Seit dem Doppelsieg der Nationalkonservativen bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2005 hat sich die polnische Europapolitik massiv gewandelt. War Polen zuvor selbstbewusst, aber konstruktiv vorgegangen, so ist diese Politik unter den Brüdern Kaczyński sehr erratisch geworden. Auf der einen Seite hat Warschau mehrfach mit einem Veto gedroht oder sogar tatsächlich allein gegen die 24 anderen Staaten eine Einigung blockiert. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Versuche, die Integration zu vertiefen. Vor allem in der Energie- sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik ist Polen aktiv geworden. Klar ist nur, dass in den Augen der Kaczyńskis der Nationalstaat noch lange nicht von der historischen Bühne abtreten wird.

Astrid Sahn

Schwierige Nachbarschaft

Die polnische Belarus-Politik

Trotz der häufigen Regierungswechsel im letzten Jahrzehnt ist Polens Politik gegenüber Belarus von Kohärenz geprägt. Kritik an der Regierung in Minsk geht mit Angeboten an die belarussische Gesellschaft einher. Polen möchte für Belarus Partner für eine mögliche Westanbindung bleiben, auch um die eigenen Interessen gegenüber Russland zu verteidigen. Warschau versucht sich in der Europäischen Union als Vorreiter der EU-Ostpolitik zu profilieren. Weder Belarus noch die EU scheinen Polens Engagement zu würdigen.

Sebastian Plóciennik

Protego, ergo sum?

Polen, die PiS und die Weltwirtschaft

Im Wahlkampf 2005 übten die heutigen polnischen Regierungsparteien eine Fundamentalkritik an der Wirtschaftspolitik der 1990er Jahre. Dies löste die Befürchtung aus, die PiS würde die Errungenschaften der Tradition wieder rückgängig machen. Trotz Europaskepsis und protektionistischer Rhetorik hat die konservative Regierung jedoch an der Integration der polnischen Wirtschaft in die europäischen und globalen Märkte nicht gerüttelt. Sie ist bemüht, den Haushalt zu konsolidieren, hält den Złoty bislang stabil und hat dafür gesorgt, dass die Gelder aus den EU-Fonds konsequenter abgerufen werden. Negativ ist allerdings zu verbuchen, dass die Einführung des Euro in Frage gestellt ist und die Sozialausgaben weiter riesige Löcher in den polnischen Haushalt reißen.

Mechthild Schrooten

Polen im EU-Binnenmarkt

Eine Bilanz nach zwei Jahren

Nach zwei Jahren EU-Mitgliedschaft fällt die Bilanz für Polen überaus positiv aus. Das Bruttoinlandsprodukt ist kräftig gestiegen, die Inflation gebremst, die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Ursache ist eine starke Binnennachfrage. Der Handel mit den EU-Staaten ist hingegen kaum mehr gewachsen, da Polen schon lange vor dem EU-Beitritt eng mit den westeuropäischen Volkswirtschaften verflochten war. Positive Impulse liefern dagegen die Gelder aus den Struktur- und Kohäsionsfonds.

Reinhold Vetter

Der Globalisierung kaum gewachsen

Polens Sozialsystem auf dem Prüfstand

Seit der Wende 1989 ist der Lebensstandard in Polen stark gestiegen. Gleichzeitig existieren gravierende soziale Unterschiede. Polens neue Regierung fordert eine solidarische Gesellschaft. Doch ein klares sozialpolitisches Programm fehlt. Der Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen und das Rentensystem sind mangelhaft. Statt eines ineffizienten Sozialstaats, der die Bürger demobilisiert, ist eine Sozialpolitik erforderlich, die Hilfe zur Selbsthilfe bietet. Die Herausforderungen der Globalisierung sind nur durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Technologie zu bewältigen.

Maria Jarosz

Corrumpto, ergo sum

Korruption in Polens Staat und Gesellschaft

Bestechung, Amtsmissbrauch und Vetternwirtschaft sind in Polen immer noch weit verbreitet. Der Durchschnittsbürger wie auch die politische Elite betrachten Korruption als eines der größten gesellschaftlichen Probleme, welches das Gemeinwesen destabilisiert und das Vertrauen der Bürger in die Politik zerstört. Gleichzeitig wird Korruption weithin als etwas hingenommen, das zum politischen und wirtschaftlichen Alltagsgeschäft gehört. Die Regierung Kaczyński hat der Korruption zwar explizit den Kampf angesagt und erste konkrete Schritte unternommen. Solange jedoch kein grundlegender Einstellungswandel stattfindet und ein lückenhaftes Rechtssystem korruptem Verhalten Vorschub leistet, ist dem Problem nicht beizukommen.

Renata Nowak-Lewandowska

Emigro, ergo sum

Die Emigration der Polen und ihre Folgen

Seit Polen 2004 der EU beigetreten ist und einige EU-Mitgliedstaaten, allen voran Großbritannien und Irland, ihre Arbeitsmärkte für polnische Arbeitnehmer geöffnet haben, wandern immer mehr Polen ins Ausland aus. Unter den Arbeitsmigranten befinden sich geringqualifizierte Arbeitskräfte, die schlecht, aber doch besser als in Polen bezahlte Jobs in Landwirtschaft, Gastronomie und auf dem Bau ausüben. Gravierender für Polens Wirtschaft ist der Verlust hochqualifizierter Fachkräfte. Um diesem Brain drain entgegenzuwirken, braucht Polen eine effektive staatliche Migrationspolitik, die von Reformen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts, des Bildungs- und Gesundheitswesens flankiert ist.

Michał P. Garapich

Flexibel und individualistisch

Polnische Migranten zwischen den Welten

Im Vereinigten Königreich arbeitet offiziell fast eine halbe Million Menschen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Das Gros sind Polen. Doch die polnische Migration ist kein neues Phänomen. Migration und Exil sind ein wichtiger Bestandteil der polnischen nationalen Identität. Neu ist der Charakter der Arbeitsmigration. Statt endgültig auszuwandern orientieren sich die Migranten heute pragmatisch und flexibel an den jeweiligen Chancen. Sie leben und arbeiten zwischen und in zwei Welten: in der Heimat und im Aufnahmeland. Dies hat Auswirkungen auf ihr Selbstverständnis.

Mirosława Grabowska

Credo, ergo sum

Religiosität und Staat in Polen

Seit den Teilungen Polens im 18. Jahrhundert verschmolzen die nationale und die religiöse Identität. Das Konstrukt „Pole = Katholik“ wurde durch den Zweiten Weltkrieg und die Repressionen im Kommunismus verstärkt. Seit der Wende hat sich die Stellung der Kirche im Staat fundamental verändert. Doch die polnische Gesellschaft bleibt eine der religiösesten Europas. Trotz Modernisierung und Globalisierung gibt es keinen Anhaltspunkt für eine rasche Laizisierung des polnischen Lebens. Die hohe Religiosität beeinflusst die individuelle Moral, soziale Werte, gesellschaftliches Engagement und unterstützt die polnische Demokratie.

Janina Paradowska

Aufarbeitung und Ranküne

Gründe und Abgründe der Lustration in Polen

Polens Parlament verabschiedete im Oktober 2006 ein neues Gesetz zur Lustration. Ein großer Kreis von Personen muss sich auf eine Verstrickung in den kommunistischen Geheimdienst durchleuchten lassen. Die Novelle sieht eine radikale Offenlegung der Geheimdienstakten vor. Sie läutet eine neue Etappe der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit ein, die bislang in Polen nur zögerlich in Angriff genommen wurde. Doch es geht um mehr als die historische Wahrheit. Die Lustration hat auch eine instrumentelle politische Funktion: Sie wird benutzt, um politische Gegner zu diskreditieren und mit ehemaligen Verbündeten aus der alten Solidarność-Elite abzurechnen.

Katrin Steffen

Ambivalenzen des affirmativen Patriotismus

Geschichtspolitik in Polen

Flankiert von Publizisten und Historikern hat Polens Regierung die Geschichtspolitik entdeckt. Diese zielt darauf, Identität zu stiften, den Nationalstolz der Polen zu stärken und einen affirmativen Patriotismus zu begründen. Kritiker monieren einen anachronistischen Begriff der Nation, der Minderheiten ausschließt, und ein reduktionistisches Geschichtsverständnis, das die Widersprüche der polnischen Entwicklung, die Vielfalt des Landes sowie die Einbettung in Europa nivelliert. Bei dem Streit um die Deutungshoheit über die Geschichte geht es weniger um historiographische Fragen als um die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Doch die geschichtspolitische Debatte könnte geeignet sein, sich über das kulturelle Gedächtnis in Polen sowie die Funktion und Bedeutung der Nationalgeschichte zu verständigen.

Claudia Kraft

Lokal erinnern, europäisch denken

Regionalgeschichte in Polen

Die polnischen Nationalkonservativen versuchen seit ihrer Machtübernahme 2005, eine zentral gesteuerte, affirmative Geschichtspolitik durchzusetzen. Dies wird vor allem in Deutschland kritisch beäugt. Dabei wird vergessen, dass in Polen in den letzten Jahren zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen entstanden sind, die sich mit der Wiederentdeckung des multiethnischen und multikonfessionellen Erbes der ehemaligen deutschen Ostgebiete beschäftigen. Das prominenteste Beispiel ist die Kulturgemeinschaft Borussia. Derartige Initiativen arbeiten daran, einen Beitrag zur vielfältigen und widersprüchlichen europäischen Erinnerungskultur zu leisten.

Beata Halicka

„Mein Haus an der Oder“

Erinnerungen von Neusiedlern

Die Geschichte der Oderregion lässt sich aus einer neuen Perspektive betrachten. Tagebücher von Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg hier aus verschiedenen Teilen Polens und der Ukraine angesiedelt wurden, sind nun zugänglich. Sie erzählen von sozialen und kulturellen Differenzen, Konflikten und Integrationsproblemen, die verhinderten, dass sich eine regionale Identität ausbildete. Dies ist erst jetzt der Fall. Nun bietet sich die Chance, die Geschichte der Region und ihrer Menschen in ihren Brüchen und Kontingenzen aufzuarbeiten.

Olaf Sundermeyer

Zwischen Markt und Macht

Deutsche Medienkonzerne in Polen

Deutsche Medienkonzerne spielen eine dominante Rolle auf dem polnischen Printmedienmarkt. Die Passauer Neue Presse ist bereits 1994 in zahlreiche Regionalzeitungen eingestiegen. Die konservative Qualitätszeitung Dziennik, das wöchentliche Nachrichtenmagazin Newsweek Polska und die Boulevardzeitung aus dem Hause Axel Springer erreichen in ihrer Sparte Spitzenauflagen. Deutsches Kapital bedeutet jedoch keineswegs deutsche Politik. Das Springer-Produkt Fakt bedient etwa in Polen ebenso antideutsche Stereotype wie die Bild in Deutschland antipolnische Vorurteile reproduziert. So sind es nicht die Springer-Zeitungen, sondern die in Warschau akkreditierten Journalisten deutscher Tageszeitungen, welche die Einengung der Pressefreiheit unter den Brüdern Kaczyński zu spüren bekommen.

Michał Maliszewski

Mediale Machtspiele

Fernsehen und Rundfunk in Polen

Der Medienmarkt macht in Polen eine ähnliche Entwicklung durch, wie sie in anderen Ländern Europas zu beobachten ist: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen und Radio verlieren Hörer an Privatsender, kleinere Anstalten werden von der Konkurrenz geschluckt, internationale Medienkonzerne teilen den Markt unter sich auf. Doch in Polen hat das öffentlich-rechtliche Fernsehen bislang seine dominante Position verteidigen können. Dies macht es zu einem begehrten Instrument für die Politik, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Der Versuch, politische Kontrolle über die Medien auszuüben, hat sich unter der aktuellen Regierung verschärft. Sie hat den Rundfunk- und Fernsehrat in ein gefügiges Organ umgewandelt und sich damit den personellen und programmatischen Zugriff auf die öffentlich-rechtlichen Medien gesichert.

Gertrud Pickhan

Ein Fenster zur Freiheit

Jazz in der Volksrepublik Polen

Jazz erfreut sich großer Beliebtheit in Polen. In der Volksrepublik galt der Jazz seinen Fans als Ausdruck eines anderen Lebensstils. Doch die Kultur-, Sozial- und Politikgeschichte des Jazz in Polen ist bislang kaum untersucht. Erkenntnisse der westlichen Jazz-Forschung lassen sich auf die zentralen Entwicklungsepochen übertragen. Dies sind die Zwischenkriegszeit, die Nachkriegszeit, der Spätstalinismus und das Tauwetter. Dabei wird mit den USA auch die transatlantische Dimension dieses musikalischen Kulturtransfers in den Blick genommen. Es zeigt sich, dass der Jazz als „Waffe des Kalten Krieges“ in Polen höchst erfolgreich war. Unter den Bedingungen des Staatssozialismus sowjetischer Prägung wurde er zu einer neuen Ausdrucksform des tief verwurzelten polnischen Freiheitsstrebens.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt und der Bremer Forschungsstelle Osteuropa mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Ab 2007 wird sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum bemühen, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, wird die Forschungsstelle ab Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“ leiten, welches von der VolkswagenStiftung finanziert werden wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und Identitätsbildung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit etwa 10.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2006 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de